

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

24.5.1901 (No. 140)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 24. Mai.

№ 140.

1901.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 60 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für den Monat Juni

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Ämtlicher Theil.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 11. Mai d. J. wurden die Expeditionsassistenten

Heinrich Schifferdecker in Offenburg nach Bühl und Emil Bischoff in Haybach nach Offenburg versetzt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 12. Mai d. J. wurde Expeditionsassistent Adolf Wiest in Basel zur Centralverwaltung versetzt.

Nicht-Ämtlicher Theil.

Kompetenzfragen.

— Straßburg, 22. Mai.

In einem Theil der hiesigen Presse und auch in alt-deutschen Blättern ist tabelnd hervorgehoben worden, daß die reichsländische Regierung die Beschlüsse mehrerer Gemeinderäthe gegen eine Erhöhung der Kornzölle als unstatthaft hat beanstanden lassen. Das Vorgehen des Elsaß-Lothringischen Ministeriums war jedoch nur ein den bestehenden Bestimmungen entsprechendes und ist ein gesetzlich gebotenes. Nach der hiesigen Gemeindeordnung steht den Gemeinden das Recht nicht zu, Beschlüsse über Gegenstände der allgemeinen Politik oder über volkswirtschaftliche Fragen, soweit sie das wirtschaftliche Interesse der Gemeinde überschreiten, zu fassen. Die Gemeindeordnung folgt dabei dem Recht wie es früher bestand, wenn sie die Politik vollständig aus der Kompetenz der Gemeinderäthe ausschließt. Die Bürgermeister ihrerseits haben die Pflicht, die Gemeinderäthe vor der eventuellen Fassung derartiger Beschlüsse auf das Unstatthafte derselben aufmerksam zu machen. Die Aufsichtsbehörde wiederum muß gegebenen Falls die Bürgermeister an diese ihre Pflicht erinnern, und sie ist gehalten, etwaige in dieser Hinsicht gefasste Beschlüsse zu beanstanden resp. zu annullieren, wenn solche in Form von Wünschen oder Petitionen an den Reichstag, den Landesauschuß, an sonstige Korporationen, an einzelne Abgeordnete u. s. w. gerichtet werden sollen. In den angezogenen Fällen von Metz und Mülhausen hat die Regierung nicht mehr und nicht weniger getan. Sie hat den betreffenden Gemeinderäthen das Unzulässige ihrer Beschlüsse gegen eine Erhöhung der Kornzölle bedeuten lassen und diese Beschlüsse beanstandet. Die Regierung bewegt sich damit vollkommen auf gesetzlichem Boden und innerhalb des Rahmens der Gemeindeordnung, indem sie durch die Aufsichtsbehörden diese formale Verhütung an die Gemeinderäthe ergehen ließ. Das Ministerium war hierzu sogar gesetzlich genöthigt und hätte andernfalls gegen die Vorschriften der Gemeindeordnung gefehlt. Man kann allerdings verschiedener Ansicht darüber sein, ob es richtig sei, den Gemeinden jene Befugniß zu entziehen. Thatsächlich aber ist der Ausschluß aller Politik aus den Beratungen der Gemeinderäthe in Elsaß-Lothringen Gesetz, wie dies in der neuen Gemeindeordnung in völliger Uebereinstimmung mit der Landesvertretung niedergelegt worden ist und wie solches hier auch früher Rechtens war.

Die auswärtige Politik Oesterreich-Ungarns.

* Wien, 22. Mai. Das Exposé, das der Minister des Auswärtigen, Graf Goluchowski, heute in der Sitzung der ungarischen Delegation erstattete, beginnt mit der Darlegung der Lage in China und betont, daß die Beteiligung der Monarchie an der Aktion der Mächte sich innerhalb der engen durch die verhältnismäßig geringfügigen Interessen gezogenen Grenzen halten mußte, die nur durch die Rücksicht auf die Großmachstellung etwas erweitert wurde. Der Gedanke, die Aktion zur Annäherung einer förmlichen Kolonialpolitik auszunutzen, war von vornherein ausgeschlossen. Die Erfahrungen der letzten Monate rechtfertigen diese Haltung der Regierung, welche durch ein aktives Eingreifen in eine Zwangs-lage gebracht worden wäre, die ihre Bewegungsfreiheit be-

schränkt hätte, wo wichtigere Interessen im Spiele waren. Redner gedenkt fobann der tapferen Haltung der Oesterreicher in China und bespricht hierauf die Friedensverhandlungen. Die Solidarität der Mächte werde sich auch hinsichtlich der schwebenden Postulate bewähren, es sei aber höchst wünschenswert, daß die Bezahlung der Indemnitätsansprüche auf einmal erfolge, nicht in Annuitäten. Was die europäischen Interessen betreffe, so sei es, trotz wiederholt aufgetauchter bedenklicher Anzeichen, gelungen, dem ganzen Ereignisse einen ruhigen Verlauf zu sichern.

Wie weit hinaus ein Schluß auf die Verhältnisse im nächsten Orient zu ziehen sei, sei kaum bestimmbar, da selbst das glücklich bestehende Einvernehmen mit Rußland dort nicht immer wirksam aufzutreten vermöge. Denn, so Anerkennenswerthes dieses für den Frieden leiste, so wäre es doch schäblich, dieses enge Zusammengehen als Panacee gegen alle Ueberraschungen hinzustellen. Die Verständigung von 1897 biete eine werthvolle Garantie gegen eine schädliche Rückwirkung der Balkanverhältnisse auf die Beziehungen Rußlands zur Monarchie. Es wäre aber eine Vogel Strauß-Politik, daraus zu folgern, daß sie alle Ausbrüche fern zu halten vermöge. Gewisse unferendliche Symptome führten zu einer erhöhten Wachsamkeit, damit man nicht eines Tages einer nicht ohne weiteres acceptablen Lage gegenüberstehe. Die Monarchie suche keine territorialen Vortheile auf Kosten Anderer. Die wiederholte Aufstichung der abgehandelten Vexen über das Vexenheil bewege nur, durch wenig wählereiche Ausstellungen die öffentliche Meinung gegen Oesterreich-Ungarn zu mobilisieren, um Deckung für die eigenen Nachschaffungen zu finden. So wenig die Monarchie an eine Erweiterung ihres Besitzstandes denke, so wenig könnte sie Ansprüche gegen die bestehende politische Ordnung oder Verschlebung anheben, die eine Schädigung ihrer vitalen Interessen oder eine Bedrohung ihrer Machtstellung involviren. Den springenden Punkt der Orientpolitik Oesterreich-Ungarns bilde stets die Wahrnehmung seiner vitalen Interessen und seiner Machtstellung. Es sei daher jede Vorschubleistung derartiger Konstellationen zu befehlen.

Besondere Aufmerksamkeit wende Oesterreich der bedenklichen macedonischen Agitation in Bulgarien zu, wegen der Gefährdung der Agitation Bulgariens zu seiner ungarischen Macht und des fatalen Einflusses auf Andere. Die eingetretene Spannung zwischen Bukarest und Sofia lasse die Konsequenzen eines etwaigen Konfliktes auf die allgemeine Balkanlage leicht erkennen. Es fehle nicht an dringlichen Mahnungen der Mächte an Bulgarien, dessen nachsichtiges Geschehenlassen manche Schuld an der Lage trage, das neuerdings jedoch, die Rathschläge beherzigend, das tolle Treiben der zu einer Nebenregierung erwachsenen Comités zu hemmen begünne. Sehr wünschenswert sei die Ergänzung dieser forrechten Haltung durch die Besserung der Verwaltung der macedonischen Vilajets, da die bisherigen türkischen Repressionsmaßnahmen kaum dauernde Ruhe zu schaffen vermögen. Das Ausbarren auf dem erfreulich betretenen Wege sei Bulgarien anzurathen, das nur so ein Element des Friedens und der Ordnung bilde und die Erhaltung der europäischen Sympathien für sich erwarten könne, deren Werth es wiederholt erfuhr. In Serbien verprieht die neue Verfassung eine Stabilisierung der politischen Lage; man will deshalb alle Kräfte der Hebung des Staatswesens zuwenden. Oesterreich-Ungarn könne da nur Erfolg wünschen und hoffe, Serbien werde alles vermeiden, was der Pflege guter Beziehungen zu der Monarchie Abbruch thun und eine Entartung des Wohlwollens derselben für den serbischen Nachbarstaat herbeiführen könnte. Die befriedigende Regelung der griechisch-türkischen Konjunkturkonvention dürfte die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland wesentlich befestigen und kann somit als ein Moment der Beruhigung gewürdigt werden.

Bezüglich der allgemeinen Richtung der auswärtigen Politik des Reiches stellt der Minister neuerdings fest, daß sie sich in sicheren Bahnen des engen Anschlusses an die Verbündeten fortbewege, nebst der parallel laufenden Pflege vertrauensvoller Beziehungen zu den übrigen Mächten, vor allem dem Nachbarstaate Rußland. Diese im Laufe der Jahre für die allgemeinen Friedensinteressen wohlbewährte Basis zu erhalten, ist unser beständiges Bestreben und wir dürfen uns wohl zu der ganz begründeten Hoffnung bekennen, daß an ihr auch künftig nichts geändert werde. Die Tendenz verschiedener Gerüchte zur Erschütterung des Glaubens an die Solidarität des Dreiebundes ist zu durchsichtig, um nicht gleich erkannt zu werden; bei den Ausstellungen würden kaum eine besondere Erwähnung verdienen, wenn nicht zu der bisherigen Arbeit wohlbestimmter Elemente die Bestrebungen anderer Kreise hinzutreten, welche die Frage des politischen Allianzverhältnisses in direkten Konnex mit dem Abschluß einseitiger Handelsverträge bringen möchten. Heute, wo die wirtschaftlichen Fragen täglich an Bedeutung gewinnen, ist die These kaum noch verwerflich, daß ein förmlicher wirtschaftlicher Kampf ganz gut sich mit engen politischen Beziehungen vertragen. Der Minister ist überzeugt, daß es bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland und Italien gelingen wird, zu einer billigen und beruhigenden Schlichtung etwaiger Differenzen zu gelangen. Natürlich könne man die höhere Ziele verfolgenden politischen Bündnisse nicht unbedingt von der befriedigenden Gestaltung des handelspolitischen Fragen geradezu abhängig machen. Die Vortheile, welche die Dreiebundkonstellation jedem Kompagiscenten biete, seien zu evident, um preisgegeben zu werden.

Wegen der systematischen Verheugung und Verführung der breiten Volksschichten könne nicht entschieden genug durch sachgemäße Aufklärung der öffentlichen Meinung reagiert werden, damit die Erkenntniß gewekt werde, daß, so sehr die kommerziellen Angelegenheiten die Berücksichtigung der Regierung erforderten, doch ein politisches Bündniß kein Gegenstand sei, der ohne Gefährdung schwerwiegender Interessen als einfaches

Kompensationsobjekt ausgespielt werden könne. Ebenso, wie es verfehlt wäre, derartige Kombinationen lediglich wegen handelspolitischer Vortheile einzugehen, wäre es unverantwortlich, sie zu verwerfen, weil sie nicht die angestrebte unbedingte Befriedigung gewähren. So fest wir im Allianzverhältnisse stehen, so freundschaftlich ist auch der Verkehr mit allen übrigen Kabinetten, mit denen sich die Monarchie im ersten aufrichtigen Streben nach der Erhaltung des Friedens zusammensindet. Diesem Streben ist es auch zu verdanken, daß die anfangs befürchteten Rückschlüsse der chinesischen Angelegenheiten auf die kooperirenden Mächte vermieden wurden. Es ist somit die Hoffnung nicht unberechtigt, daß jetzt das erprobte System rechtzeitiger Aussprache und der Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen sich auch bei der Lösung anderer Fragen wirksam erweise. Der Minister schloß mit dem Hinweis auf die Wiederanknüpfung diplomatischer Beziehungen zu Mexico.

(Telegramm.)

* Wien, 23. Mai. Im auswärtigen Ausschusse der ungarischen Delegation erklärt Graf Goluchowski, die Entstehung des türkischen Postkonfliktes sei geradezu unbegreiflich. Die Türkei habe gehofft, die Mächte trennen zu können; ihr Bemühen war jedoch vergeblich. Die Boten hätten die förmliche Entschuldigung des türkischen Ministers des Auswärtigen zur Kenntniß genommen und den Inhalt derselben in einem gemeinschaftlichen Protokoll niedergelegt, womit der Fall nunmehr als beigelegt betrachtet werden könne. Bezüglich der Abmachung mit Rußland verweist der Minister auf die wiederholt abgegebenen Erklärungen, daß in St. Petersburg vor vier Jahren eine eingehende Aussprache stattgefunden habe, wobei sich herausgestellt habe, daß es zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland keine derartigen Differenzen gebe, die nicht bei gutem Willen auf friedlichem Wege zu beiderseitiger Befriedigung ausgeglichen werden könnten. Man sei daher übereingekommen, bezüglich jeder auftauchenden Frage einen Ausweg zu suchen, der allen berechtigten Interessen möglichst entspricht, ohne auf die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland einen nachtheiligen Einfluß auszuüben. Von einem formellen Vertrage oder Bündnisse sei niemals die Rede gewesen. Ganz entschieden habe er jedoch bei jeder Gelegenheit sich gegen eine sogenannte Theilung der Interessensphäre ausgesprochen, weil solche nur die Reibungspunkte vermehren würde. Das Streben beider Mächte gebe vereint dahin, die Selbständigkeit der Balkanmächte zu wahren und die Ordnung der eigenen Angelegenheiten ihnen zu überlassen. Der Minister erklärt wiederholt, daß er den Dreiebund als die unverrückbare Basis seiner Politik betrachte, daß er aber als Ergänzung desselben ein möglichst gutes Einvernehmen der Teilnehmer dieses Bundes mit den anderen Mächten ansehe. So hätten sich die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Rußland in der jüngsten Zeit besonders freundlich gestaltet. Wenn ein Gleiches zwischen Italien und Frankreich geschehe, könne er sich hierdurch nicht nur nicht beunruhigt fühlen, sondern müsse darin gerade ein Moment der Beruhigung erblicken. Die Frage, ob er auf Serbien eben so sicher rechnen zu können glaube, wie vor anderthalb Jahren, sei ihm nicht recht verständlich. Die guten Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien hätten damals bestanden und beständen heute noch. Da von Oesterreich-Ungarn alles aufgeboten werde, um hierin keine Aenderung eintreten zu lassen, müsse wohl die Aufrechterhaltung dieser guten Beziehungen auch für die Zukunft auch im Interesse Serbiens selbst vorausgesetzt werden; aber kein Minister könne für die Haltung anderer Staaten unter allen denkbaren Fällen im voraus eine Garantie übernehmen. Oesterreich-Ungarn werde sich stets bemühen, die guten Beziehungen zu allen anderen Mächten zu wahren; aber nachlaufen werde es niemanden.

Der Kampf gegen Waldeck-Roussau.

SRK. Paris, 22. Mai.

Die ersten Vorstöße, welche nach der Wiederöffnung der parlamentarischen Session die hiesigen Oppositionsparteien unter Führung der Alerikalen gegen das Ministerium Waldeck-Roussau in Scene setzten, haben dem letzteren wenig geschadet, noch seine Stellung erschüttern können. Zunächst der Angriff des Abgeordneten Cuno d'Ornano, eines nationalistischen Bonapartisten, gegen den Justizminister Monis mit der Anschuldigung, daß dieser seine ministerielle Stellung zu kommerziellen Zwecken mißbrauche! Herr Monis ist Theilhaber einer großen Handelsfirma, die sich mit der Fabri-

kation von Cognac und anderen Spirituosen befaßt. Bezeichnender Weise wurde dabei zugleich eine „deutsche“ Firma mit hereingezogen, welche auf der vorjährigen Weltausstellung ihre Produkte unter „gefälschter“ Etikette ausgestellt habe, deswegen durch die Jury von der Preisbewerbung ausgeschlossen sei und die trotzdem, Dank der Einnischung des Justizministers Monis, dessen Geschäftshaus mit jenem geschäftliche Verbindungen unterhalte, in der offiziellen Liste als mit einer goldenen Medaille ausgezeichnet figurire. Darob ein wüthender Brief des Abgeordneten Cuneo d'Ornano an den Ministerpräsidenten mit der Androhung, daß er eine parlamentarische Enquete über diesen „Skandal“ beantragen werde, wenn Herr Monis noch länger Minister bleibe. Die gesammte nationalistische Presse sekundirte hierbei nach Kräften mit den obligaten Schimpfereien. Als dann die Geschichte auf der Kammertribüne zur öffentlichen Besprechung kam, da war es dem Justizminister, der selbstverständlich, seitdem er im Amte ist, alle activen Beziehungen zu seinem Handlungshause gelöst hatte, ein so leichtes, die erhobenen Anschuldigungen zu entkräften, daß Herr Cuneo d'Ornano und Genossen es für gerathener hielten, selbst ihren Antrag auf eine Enquete zurückzuziehen und es überhaupt nicht auf eine Abstimmung der Kammer antommen zu lassen.

Der zweite Coup, auf den die Klerikalen ganz besondere Hoffnungen gebaut hatten, war die plötzliche Rückkehr des in's Ausland geflüchteten Grafen von Vur-Saluces, der seiner Zeit von dem Senat als Staatsgerichtshof in dem bekannten Hochverratsprozeß Desoulebe-Buffet in contumaciam zu zehnjähriger Landesverbannung verurtheilt wurde. Indem Herr v. Vur-Saluces sich zur persönlichen Aburtheilung stellt, wollte er oder wollten vielmehr seine Hintermänner die Regierung nöthigen, den Senat von neuem als Staatsgerichtshof zu konstituiren und den ganzen langwierigen Hochverratsprozeß wieder aufzurollen. Auf diese Weise wäre der Senat verhindert gewesen, das ihm von der Kammer zugewandene Gesetz über die Vereine beziehungsweise gegen die Kongregationen seinerseits zu beraten. Die Klerikalen hofften somit, durch diesen Schachzug Vur-Saluces nicht nur der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, sondern vornehmlich das definitive Votum des Vereinsgesetzes durch den Senat zu verzögern und das Inkrafttreten dieses den Klerikalismus an der Wurzel treffenden Gesetzes in die Länge zu ziehen. Allein die Gegner haben nicht genügend mit der unerschütterlichen Kaltblütigkeit des Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau gerechnet. Derselbe hatte den Plan seiner Klerikalen Widerfacher gar schnell durchschaut, und er zeigt daher durch seine Eile, den Grafen vor den Staatsgerichtshof zu stellen, sondern hat einfach durch einen Polizeikommissar die Rückkehr und die Identität des Herrn v. Vur-Saluces feststellen lassen, was geschicklich genügt, um die Wirkung der in contumaciam erfolgten Verurtheilung aufzuheben. Im übrigen dürfte der Graf, dem die Regierung nicht einmal den Gefallen erweist, ihm durch seine Verhaftung die Rolle eines Märtyrers zu ermöglichen, ruhig mehr oder minder lange auf seine definitive Aburtheilung warten müssen, bis nämlich der Senat die Verurtheilung des Vereinsgesetzes erledigt haben wird, und bis die Frage der Kongregationen geregelt ist.

Doch auch den Royalisten selbst sowie den Ministern kam der Streich des Grafen Vur-Saluces keineswegs gerade gelegen. Diese standen nämlich im Begriff, im Hinblick auf die herannahende Wahlkampagne, wenn auch nicht offensichtlich gemeinsam zu manövriren, so doch im Geheimen Verständigungen über ein Bündnis zur gegenseitigen Unterstützung zu treffen. Herr Arthur Meyer, der vielgewandte Direktor des „Gaulois“, hat bereits seinen Aufruf zur „Sammlung“ aller Feinde der heftigen Republik veröffentlicht und zugleich die israelitischen Kapitalisten ermahnt, ihre Dreyfus-Sympathien schwinden zu lassen und ihre finanzielle Unterstützung wieder der guten Sache und den Verteidigern der Armee und der Ordnung zuzuwenden! Da erscheint nun Herr von Vur-Saluces und zerstört dies ganze Spiel, indem er den Royalisten in's Gedächtnis zurückt, daß Arthur Meyer in keiner Weise berechtigt sei, im Namen des republikanischen Präsidenten zu reden und zu handeln, nachdem letzterer vor Jahr und Tag in einem vielbesprochenen Brief den Chefredakteur des „Gaulois“ so rüchichtslos desavouirt hat. Herr Méline nicht minder ist unzufrieden und läßt in seiner Presse die Rückkehr des Grafen Vur-Saluces als eine „gaffe“ bezeichnen und demselben bedeuten, daß er in ungeschickter Weise das weiße Gespinnst wieder heraufbeschwöre. Das Auftreten des Herrn von Vur-Saluces, verleihe dem Werte des Staatsgerichtshofes, sogar einen Anschein von Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit. Wenn also der Schritt des Grafen Vur-Saluces, unter Royalisten wie unter Republikanern à la Méline, so offenbare Verlegenheiten und Unzufriedenheiten hervorruft, dann brauchen sicherlich die Regierung und die Republikaner sich darüber nicht weiter sonderlich zu beunruhigen. Die Klerikalen haben auch darin falsch kalkulirt. Die Verurtheilung über das Gesetz gegen die Kongregationen wird im Staat ihren ungestörten Verlauf nehmen; denn für das Wohl und Wehe Frankreichs ist es zweifellos von geringer Bedeutung, ob Graf von Vur-Saluces einige Monate früher oder später abgeurtheilt wird.

Schwedisches Heerwesen.

Stockholm, 20. Mai.

Die Zweite Kammer hat nunmehr die Verhandlungen über die Militärvorlage der Regierung abgeschlossen

und dieselbe mit 119 Stimmen gegen 108 verworfen, während der aus dem Schoße der Kammer eingebrachte Vorschlag, welcher eine Ausbildungszeit von nur acht Monaten befürwortet, angenommen wurde. In der Vorlage der Regierung wurde bekanntlich eine einjährige Ausbildungszeit der Wehrpflichtigen gefordert. Mehrere Mitglieder des Kabinetts haben mit Bestimmtheit erklärt, die Regierung werde sich jedem Kompromißantrage gegenüber — es lagen Vorschläge verschiedener Fraktionen vor, nach welchen die Ausbildungszeit auf acht, beziehungsweise zehn Monate beschränkt werden sollte — ablehnend verhalten und der Ministerpräsident betonte die Möglichkeit der Reichstagsauflösung für den Fall der Verwerfung der Militärvorlage an. Im Verlaufe der Verhandlungen hat jedoch der Kriegsminister die Erklärung abgegeben, daß er sich eventuell auch mit einer kürzeren Ausbildungszeit der Rekruten zufrieden gebe, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Reichstag das Projekt schon während der gegenwärtigen Session annimmt. Der Kriegsminister berechnete die jährlichen Kosten für das Heer nach Durchführung des Regierungsvorschlages auf rund 70 Millionen Kronen, was ungefähr 13 Kronen per Kopf der Bevölkerung gleichkommt. Mit der Ablehnung der Regierungsvorlage durch die Zweite Kammer erscheint jedoch die Angelegenheit noch lange nicht als erledigt. Man wird vielmehr demnächst den Versuch machen, eine Einigung beider Kammern über ein Kompromiß zu erzielen, welchem die Regierung ihre Zustimmung geben könnte. Der Premierminister, Herr v. Otter, hat bereits die Erklärung abgegeben, die Regierung wäre in der Lage, einen Vorschlag anzunehmen, welcher eine Uebungszeit von acht Monaten für die Infanterie, eine solche von zwölf Monaten für die Spezialwaffen festsetzt. Innerhalb der ersten Kammer, welche den Regierungsvorschlag, allerdings mit einigen Modifikationen, angenommen hat, sind die Meinungen darüber sehr getheilt, welche Stellung gegenüber der Entscheidung der Zweiten Kammer die richtige wäre. Der frühere Premierminister, Vostrom, welcher einen großen Anhang hat und das volle Vertrauen des Königs genießt, hat geäußert, daß er bereit wäre, die Leitung der Regierung wieder zu übernehmen, und überzeugt sei, den Regierungsvorschlag in vollem Umfange durchsetzen zu können. Er würde nämlich beide Kammern auflösen und dem neugewählten Reichstag gleichzeitig mit der unveränderten Militärvorlage einen Vorschlag bezüglich der Erweiterung des Wahlrechts unterbreiten. Interesse erregt es, daß das neue Militärorganisationsgesetz, wie man versichert, unter allen Umständen eine Bestimmung enthalten werde, wonach Wehrpflichtige, welche aus Gewissensgründen sich weigern, Waffen zu tragen, nicht gezwungen werden sollen, ihrem Gewissen zuwider zu handeln, sondern anderweitige Verwendung (als Militärarbeiter, Krankenwärter u. s. w.) finden sollen.

Wasserstraßenverbindung in Südamerika.

Auf einem dieser Tage in Montevideo abgehaltenen Kongreß der Vertreter der südamerikanischen Staaten ist ein riesenprojekt aufgetaucht, dessen Verwirklichung in nicht allzu ferner Zeit zu erwarten sein dürfte. Es handelt sich um eine Wasserstraßenverbindung der großen Stromgebiete des amerikanischen Südens, des Amazonasstromes, des Parana und des Orinoko. Verhältnismäßig unbedeutende Arbeiten würden genügen, um die natürlichen Flüssigkeiten in dem gedachten Sinne auszuhebeln und die vorhandenen Wasserstraßen in noch höherem Maße als bisher dem Schiffsverkehr zu erschließen. Schon jetzt können Dampfschiffe den Amazonasstrom in einer Länge von 5000 Kilometer befahren und somit die peruanische Grenze bei Tabatinga erreichen, ebenso ist der Parana bis in sein Quellgebiet hinauf schiffbar und ermöglicht das Bordingen der Seeschiffe bis zum Plateau von Mato Grosso im Innern Brasiliens. Die Länge eines die Verbindung zwischen den Neben- und Zuläufen dieser beiden Ströme herstellenden Kanals würde etwa 60 Kilometer betragen, die Fluchtbeziehung des Orinoko würde gleichfalls größeren Schwierigkeiten nicht begegnen, jedoch mit einem verhältnismäßig geringen Aufwande an Geld und Zeit die fruchtbaren Ländergebiete des südamerikanischen Kontinents dem Welthandel direkt zugänglich gemacht werden könnten. Der Kongreß hat beschlossene, den beteiligten Regierungen einen eingehenden Bericht über die im Interesse des geplanten Unternehmens bereits geschehenen Vorarbeiten, sowie über die Bedeutung des Kanalsystems zugehen zu lassen, das in der That die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der südamerikanischen Staaten in außerordentlichem Maße beschleunigen dürfte. Die bauliche Ausführung der geplanten Wasserstraßen hat Hr. Voornis, der Gesandte der Vereinigten Staaten in Caracas, zum Gegenstand eingehender Studien gemacht und die für den Bau erforderliche Summe auf 100 Millionen Dollar berechnet.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 23. Mai.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag von 11 Uhr an den Vortrag des Präsidenten des Ministeriums des Innern Geheimraths Dr. Schenkell entgegen. Danach meldeten sich die nachgenannten Offiziere: Generalleutnant von Benedendorff und von Hindenburg, Kommandeur der 28. Division, Oberst Augustin, Kommandant von Kistrin, bisher Kommandeur des Infanterie-Regiments von Lühow (1. Rheinischen) Nr. 25, Oberstleutnant z. D. Lüdke, Kommandeur des Landwehrbezirks Erfurt, bisher im Infanterie-Regiment Markgraf Ludwig Wilhelm (3. Badischen) Nr. 111, Major Baier von der 3. Ingenieur-Inspektion, bisher Adjutant der General-Inspektion des Ingenieur- und Pionier-Korps und der Festungen, Major Windel, Bataillonskommandeur im Infanterie-Regiment Markgraf Ludwig Wilhelm (3. Badischen) Nr. 111 und Major du Mesnil, Adjutant der 28. Division.

Um 1/3 Uhr fuhrn Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin zum Bahnhof um Ihre

Majestät die Königin Mutter Emma der Niederlande zu empfangen, Höchstwelche von Heidelberg eintraf. Die Höchsten Herrschaften geleiteten die Königin zum Großherzoglichen Schloß, wo Höchstdieselbe längere Zeit in den Gemächern Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin verweilte und dann im Gartenhof den Thee nahm. Ihre Majestät ist begleitet von der Hofdame van de Bollen, dem Generaladjutanten Generalleutnant Grafen Du Monceau und dem Kammerherrn Jonkheer van Leth.

Um 5 Uhr machten die Großherzoglichen Herrschaften mit Ihrer Majestät eine kleine Umfahrt und geleiteten Höchstdieselbe sodann zum Bahnhof, von wo die Königin nach halb 6 Uhr die Rückfahrt nach Heidelberg antrat. Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm dann noch mehrere Vorträge entgegen.

Die Einnahmen der von Privatgesellschaften betriebenen badischen Nebenbahnen betragen im Monat April 1901.

Bezeichnung der Nebenbahn-Linie	Aus dem Personenverkehr		Aus dem Güterverkehr		Sonstige Einnahmen	Summe des Betriebes im Monat
	M	M	M	M		
A. Betriebsjahr vom 1. April 1901 ab.						
Mannheim - Weinheim - Heidelberg - Mannheim gegen 1900	35 983	28 462	700	65 145	65 145	38 574
	2 591	1 333	300	1 568	1 568	2 591
Karlsruher Lokalbahnen gegen 1900	16 986	1 260	40	18 286	18 286	16 986
	18 586	1 226	41	19 853	19 853	18 586
	1 600	34	1	1 567	1 567	1 600
Lahrer-Odenbahnen gegen 1900	3 498	3 048	299	6 845	6 845	3 498
	3 530	2 657	174	5 761	5 761	3 530
	32	991	125	1 084	1 084	32
Schl.-Sigmaringen-Bühl gegen 1900	11 075	3 305	193	14 273	14 273	11 075
	11 540	2 200	95	13 835	13 835	11 540
	465	805	98	438	438	465
Schl.-Altenheim-Odenheim und Alsenzthal-Odenheim gegen 1900	9 301	3 333	1 285	13 969	13 969	9 301
	10 528	6 303	88	16 869	16 869	10 528
	1 227	2 920	1 247	2 900	2 900	1 227
Selb.-Lahr-Odenheim-Rhein gegen 1900	5 141	3 158	51	8 350	8 350	5 141
	5 685	4 497	147	10 329	10 329	5 685
	544	1 339	96	1 979	1 979	544
Kaiserstuhlbahn gegen 1900	7 850	12 788	250	20 888	20 888	7 850
	8 193	14 384	250	22 827	22 827	8 193
	348	1 596	—	1 939	1 939	348
Eltenheimmühl-Rhein gegen 1900	2 026	1 712	108	3 846	3 846	2 026
	1 860	3 459	308	5 622	5 622	1 860
	166	1 747	95	1 676	1 676	166
Krajaunger-Straßen-Sulzbach gegen 1900	2 578	2 005	160	4 743	4 743	2 578
	2 718	1 831	119	4 663	4 663	2 718
	135	174	41	80	80	135
Mühlheim-Sodenmühl gegen 1900	3 323	347	482	4 152	4 152	3 323
	3 661	347	523	4 581	4 581	3 661
	338	—	41	379	379	338
Hallingen-Bandern gegen 1900	3 798	3 389	107	7 894	7 894	3 798
	4 132	2 906	132	7 170	7 170	4 132
	334	1 083	25	724	724	334
Zell-Lothau gegen 1900	3 761	6 395	80	10 236	10 236	3 761
	3 787	6 018	75	9 880	9 880	3 787
	26	377	5	356	356	26
Bonnau-Bingen-Farlungen (Bregenthalbahn) gegen 1900	5 757	8 262	120	14 139	14 139	5 757
	6 292	9 172	110	15 574	15 574	6 292
	535	910	10	1 435	1 435	535
B. Betriebsjahr vom 1. Januar 1901 ab.						
Grundtal-Gilbich-Balingen gegen 1900	9 072	3 896	294	13 262	13 262	9 072
	7 683	2 247	83	10 013	10 013	7 683
	1 389	1 649	211	3 249	3 249	1 389
Karlsruhe-Ellingen-Berzheim u. Ellingen-Forchheim u. Ellingen-Staatsbahnhof bis Ellingen-Helshof gegen 1900	28 393	5 021	814	34 228	34 228	28 393
	30 411	5 344	301	36 056	36 056	30 411
	2 018	323	518	1 828	1 828	2 018
Bühl-Bühlthal gegen 1900	1 766	3 850	32	5 648	5 648	1 766
	1 778	3 270	7	5 055	5 055	1 778
	12	580	25	593	593	12

Für den Brief- und Paketverkehr nach der Türkei wird der Weg über Constanza wieder in der früheren Weise benutzt, nachdem die rumänischen Dampfer der Linie Constanza-Konstantinopel am 16. d. M. ihre Fahrten wieder aufgenommen haben.

G. (Großherzogliches Hoftheater.) Als John Fallstaff in „Die lustigen Weiber von Windsor“ setzte Herr Friedrichs sein diesmaliges Gastspiel an unserer Hofbühne fort. Die muntere, von echt Shakespeare'schem Humor durchdränkte Oper Nicola's fand eine vorzügliche Aufführung. Herr Friedrichs entwickelte als Fallstaff geradezu erschütternde Komik, ohne jedoch je in Uebertreibung zu verfallen. Das ist eben das Großartige an den Leistungen unseres Gastes, daß er sich niemals in's Possenhafte verliert, sondern immer menschlich glaubhafte Personen auf die Bühne zu stellen weiß. Seinen Fallstaff und Bedmeyer muß man als geradezu musterhaft betrachten. Dieser Tage werden wir Gelegenheit haben, ihn in einem ganz anderen Rollenstücke, als Alberich im Rheingold kennen zu lernen, in welcher Rolle sich Herr Friedrichs schon vielen, voll auf berechtigten Ruhm in Bayreuth geholt hat. Bei dieser Gelegenheit müssen wir erwähnen, daß unsere Befürchtungen betreffs der verschiedenen Termine des Vorderaufbes zum Ring sich leider bestätigt haben. Verschiedene Bekannte, die den ganzen Ring zu hören hofften, konnten trotz aller Anstrengungen für Rheingold keine Karten mehr erhalten. Dossentlich werden ein andermal jene, welche Karten für den ganzen Cyclus wünschen, auch dementsprechend bevorzugt werden. — Doch zu

... zu der zu besprechenden Aufführung. Fräulein Mailbac hat eine prägnante Leistung als Frau Bluth und war in dieser zweiten Hauptrolle des Werkes eine ebenbürtige Partnerin Herrn Friedrichs. Mit viel Humor und trefflicher Darstellung hatte sie diese Frau Bluth ausgedeutet. Herr Oswald als Herr Bluth, Herr Schaarschmidt als Reich und Fräulein Friedlein als Frau Reich waren mit stichtlicher Liebe an die Ausarbeitung ihrer Rollen gegangen und brachten ihre Rollen sehr gut zur Geltung. Fräulein Becker war eine reizende Anna und wußte aus der Rolle das zu machen, was überhaupt daraus zu machen ist. Die un dankbaren Rollen hatten Herr Busford (Junfer Spärlisch) und Herr Behr (Dr. Gains), mit denen sie sich aber auf das Beste abfanden. Das Orchester unter Leitung von Herrn Lorenz brachte alle Schönheiten der Musik schön zur Geltung. In der Fincicntrung hätten wir nur gewünscht, daß im dritten Akte, im Hause des Herrn Reich, statt des architektonisch und perspektivisch ganz unndulichen Saales ein anderes Zimmer aufgestellt worden wäre.

Vom Vodensee, 22. Mai. Die schönen Matinee haben der Reiselust einen kräftigen Impuls gegeben. Am Sonntag Mittag traf ein Extradampfer mit dem Kirchenchor von Rodensburg in Ueberlingen ein. Es waren ungefähr 150 Personen, welche das Mittagessen im Badhotel einnahmen und dann die Sehenswürdigkeiten der Stadt besichtigten. Im Laufe des Nachmittags brachten sie einige Wieder in vorzüglicher Weise zur Wiedergabe. — Seit letzten Samstag ist der Betrieb der elektrischen Straßenbahn Schaffhausen — Neuhausen eröffnet. Jetzt fährt demnach alle 10 Minuten der Tram und 50 Normalbahnverbindungen halten den Verkehr aufrecht.

16. Verbandstag des badischen Gastwirthesverbandes.

Offenburg, 22. Mai.

Unter dem Vorsitz des Verbandspräsidenten Fritz Gagner-Karlruhe begannen heute Vormittag die Verhandlungen des Verbandstages, der aus allen Theilen des Landes sehr gut besucht war. Nach einer Reihe geschäftlicher Erledigungen erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, aus dem ersichtlich, daß der Verband 35 Vereine mit über 3000 Mitgliedern umfaßt, die von Jahr zu Jahr sich vermehrt haben dank vor allem der vortrefflichen Einwirkung des Bundesratstages, die sich seit ihrem Bestehen als ein Segen für die deutschen Gastwirthesverbände erwiesen hat. Das Verbandsorgan wirkt für die einzelnen Verbände ansehnliche Ueberschüsse ab. Als ein erhellendes Zeichen des Gefährdes der Zusammengehörigkeit wurde es bezeichnet, daß der Mannheimer Verein dem Verband wieder beigetreten ist. Er brachte auch zugleich eine Reihe von Anträgen mit. Der erste Antrag verlangt erneute Vorkommnisse bei Regierung und Landtag in Sachen der gänzlichen Aufhebung der Transferrungssteuer. Der Vorsitzende erinnerte daran, daß diese Petition der Regierung von der Kammer zur Kenntnissnahme überwiesen worden sei, so daß man erst die Entscheidung der Regierung abwarten müsse, bevor man mit erneuten Anträgen vorgehen könne. Ein weiterer Antrag verlangt, daß mit der Verlesung der Konzeptionen auch der Brantmeinausgang ohne besondere Erlaubnis unbefristet sei. Ebenfalls soll in der Richtung vorgegangen werden, daß die Wirtschaftsfunktionen im ganzen Lande einheitlich ertheilt werden, und zwar nur an Solche, die sie auch selbst ausüben. Ein weiterer Antrag der Mannheimer betraf die Aufhebung der Weinaufsicht, doch wurde derselbe auf Wunsch der Mehrheit zurückgezogen. Zu einer lebhaften Debatte führte die neu gegründete Haftpflichtkasse in Darmstadt, der jetzt vier Verbände beigetreten sind. Direktor Reinecker hob die Vortheile derselben gegenüber den privaten Versicherungsanstalten hervor und fand mit seiner Ansicht die Zustimmung der Anwesenden. Schließlich wurde Karlruhe als Standort wieder gewählt mit Gagner als Verbandsvorsitzendem. Zum nächstjährigen Versammlungsort wurde Kapstadt bestimmt. Morgen bildet den Hauptberatungsgegenstand die Bundesratsverordnung, betreffend die Ruhepausen für das Personal. Bei dem sich anschließenden Festmahle, dem auch der Bürgermeister Hermann und der Abg. Müller amwohnten, wurde ein Guldigungs- und Ergebnistelegramm an Seine Königliche Hoheit den Großherzog abgeleitet.

England und Transvaal.

Einem in London veröffentlichten amtlichen Bericht zufolge betrug die Gesamtzahl der britischen Truppen in Südafrika am 1. Mai d. J. 249 416 Offiziere und Mannschaften, die sich folgendermaßen zusammensetzten: Reguläre Truppen 138 002, Kolonialtruppen 58 821, Yeomanry 23 104, Volunteeers 9 385, Miliz 20 104. Die Gesamtzahl der Offiziere ist als 8 468 angegeben. Die Regulären haben 4 183 Offiziere und 133 519 Unteroffiziere und Mannschaften. Die letzteren verteilen sich wie folgt: Kavallerie 14 000, Artillerie 11 500, Infanterie und berittene Infanterie 95 700, Andere 13 619. Die Gesamtzahl von Offizieren und Mannschaften, die bis Ende April gefallen oder an Wunden, Krankheit oder in Folge von Unfällen gestorben sind, beträgt 14 978. Die Gesamtzahl der verwundeten Offiziere und Mannschaften beträgt 17 209. Die Gesamtzahl der Offiziere und Mannschaften, die Südafrika verlassen haben, beträgt 76 582; davon sind 22 061 keine Invaliden, 47 789 Invaliden und 4 533 Kolonialsoldaten. (Telegramme.)

Kapstadt, 23. Mai. Von allen Seiten gehen Nachrichten ein, welche bestätigen, daß die Kommandos der Aufständischen in der Kapkolonie und im Oranje-Freistaat den Befehl erhielten, sich zu konzentrieren. Die Militärbediensteten sind zwar darauf vorbereitet, daß Dewet möglicher Weise beabsichtige, das Kommando über die konzentrierten Truppen zu übernehmen; sie haben aber keine Kenntniß davon, daß Dewet sich schon auf dem Boden der Kapkolonie befindet.

Port Elizabeth, 22. Mai. Hier kamen vier neue Pest-erkrankungen vor.

Zu den Vorgängen in China.

Berlin, 22. Mai. Graf Waldersee meldet aus Peking: Li-Sung-Schang entschloß sich, die Boyer an der südlichen Demarationslinie ernstlich zu bekämpfen. Jetzt operieren seine Generale im Verein mit den französischen Truppen unter Leitung des Generals Bailaud. Hauptmann Knöber erzielte eine zersprengte, der dritten Kompagnie des dritten Regiments entkommene Boyerabtheilung von 400 Mann bei Manscheng, 22 km nordwestlich von Baotingfu. Bei der

achten Kompagnie sind bis jetzt fünf Verwundete festgestellt.

Köln, 23. Mai. Wie die „Köln. Ztg.“ aus Peking meldet, wurde in der gestrigen Versammlung der Gesandten die Ermäßigung des China auferlegten Schadenertrags mit allen Stimmen gegen die des amerikanischen Vertreters Rochhilb als nicht wünschenswerth abgelehnt.

Paris, 23. Mai. Das Generalgouvernement in Indochina meldet telegraphisch, daß in ganz Tonking völlige Ruhe herrsche. Chinesische Banden, welche in französisches Gebiet eingedrungen, seien gegen die Grenze zurückgeworfen und aufgegeben.

Neuere Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 23. Mai. Staatsminister und Oberpräsident von Sachsen, v. Bötticher, wurde als Vertreter des Domkapitels Raumburg auf Lebenszeit ins Herrenhaus berufen.

Berlin, 23. Mai. Gegenwärtig finden im Kultusministerium eingehende Beratungen über eine Reform der Lehrerbildung statt. — Die „Nationalztg.“ hrt: Der Landes-eisenbahnrath konstituirte sich unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs Fieck. Die Vorlagen des Ministeriums wurden debattelos dem ständigen Ausschuß zur Vorberatung überwiesen. — Der Geschäftsführer des Centralverbandes deutscher Industrieller, Bued, mußte sich wegen eines Magen- und Darmleidens in der Klinik des Professors Maltitz in Breslau einer Operation unterziehen. Derselbe ist vollkommen genesen. Bued verließ bereits die Klinik.

Dresden, 23. Mai. Seitens der sächsischen Regierung wohnen der Minister des Innern v. Meißner-Reichenbach und der Finanzminister v. Bahdorf der in Berlin am 4. Juni abzuhaltenden zollpolitischen Konferenz bei.

München, 23. Mai. Zu der auf Einladung des Reichsfinanzlers am 4. Juni stattfindenden zollpolitischen Konferenz werden sich für Bayern der Finanzminister Frhr. v. Riedel und der Minister des Innern Frhr. v. Feilich nach Berlin begeben.

Wien, 22. Mai. Der Marineauschluß der ungarischen Delegation nahm un verändert das gesamte Marinebudget an und sprach der Marineleitung für die ersprießliche Thätigkeit Anerkennung und Vertrauen aus. Im Laufe der Debatte erklärte der Marinekommandant Spaun, die Marineleitung habe niemals den Plan gehabt, die Flotte derart zu entwideln, daß sie mit den Flotten anderer Großmächte rivalisiren könne, sie habe stets nur den erfolgreichsten unter allen Umständen wirksamen Küstenschutz unter Berücksichtigung der neuen Erfindungen der Technik vor Augen. In der nächsten Zeit werden außer dem im Budget bereits enthaltenen zwei Schlachtschiffen, nur der Bau eines neuen Schlachtschiffes und mehrerer kleinerer Fahrzeuge, wie Torpedos und anderer im Aufstärungsbedienste notwendigen Fahrzeuge erforderlich sein.

Wien, 23. Mai. Die Abgeordneten verhandeln in der gestrigen Abend Sitzung über die Regierungsvorlage, betreffend die Abkürzung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau. Die Debatte wurde um 12 1/2 Uhr nachts geschlossen. In der Abend Sitzung sprach der Generalredner. In der auf heute Vormittag 11 Uhr anberaumten Sitzung wird die Debatte über die Investitionsvorlage fortgesetzt.

Paris, 23. Mai. Der französische Gesandte in Marokko, Revoil, nahm endgiltig den Posten des Generalgouverneurs von Algerien an. Seine Ernennung erfolgt jedoch erst, sobald die Angelegenheit betreffs der Ermordung des französischen Puget durch marokkanische Seeräuber geordnet ist. Dies steht unmittelbar bevor, und es wird allen Ansprüchen Frankreichs Genüge geleistet werden.

Paris, 23. Mai. Es bestätigt sich, daß der Unterdirektor im Ministerium des Auswärtigen, Saint René Taillandier, als Nachfolger Revoils zum Gesandten in Tanger ernannt werden sollte.

Paris, 23. Mai. Dem hiesigen „New-York Herald“ wird aus Caracas telegraphirt: Die Regierung von Venezuela weigere sich, das Protokoll betreffs der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Frankreich zu unterzeichnen, weil dieses die Klausel enthalte, daß die von den französischen Unterthanen ererbene Entschädigungssumme von 4 Millionen Dollars einem Schiedsgericht unterbreitet werden sollen. Die Regierung von Venezuela bietet eine Entschädigung von 900 000 Dollars ohne Schiedsgericht an.

London, 23. Mai. Auf dem Diner, welches zu Ehren der auf dem medizinischen College graduirten Böglinge veranstaltet war, sprach Valfour mit hoher Bewunderung von der Führung, die Deutschland, Frankreich, die Schweiz und Italien auf dem Gebiete der medizinischen Forschung übernommen haben. Es sei eine Ehre für die britische Nation, daß die medizinischen Schulen und anderen Anstalten Englands, woran medizinische Unterweisung stattfindet, ungenügend ausgestattet seien, weil es an Mitteln fehle. Er lege seinen Landesleuten dringend ans Herz, nicht zurückzubleiben bei dem großen internationalen Wettbewerf der Wissenschaft, der in gewissem Maße ein Gegengewicht zu bieten vermöge gegen den kostspieligen verderblichen Wettbewerf auf dem Gebiete der militärischen Rüstungen.

Southampton, 22. Mai. In Solent sollte eine Proberegatta stattfinden, eine plötzliche heftige Wöe riß den Mast der Yacht „Shamrock II.“ an deren Bord sich Seine Majestät der König befand, fort und machte die Yacht zum Wrack. Der König und alle übrigen an Bord befindlichen Personen konnten sich nur mit knapper Noth retten. Auch die übrigen an der Regatta betheiligten Yachten, unter ihnen der „Shamrock I.“, wurden von der Wöe beschädigt.

(Ueber die gefährliche Situation in welcher sich Seine Majestät der König gestern befand wird weiter berichtet: Der König mochte gehen der Probefahrt der beiden Shamrock-Yachten im Meerbusen von Solent (westlicher Theil der Meerenge zwischen der Insel Wight und dem Festlande) bei. An Bord der Yacht Shamrock II befand sich der König und Sir Thomas Lytton, der Besitzer der Yachten, „Shamrock II“ kreuzte vier Minuten später unter vollen Segeln die Unte, bei der gestartet werden sollte. Da sagte eine heftige Nordostbrise die Yacht bei der Breitseite, sie legte sich stark auf die Seite und ehe sie die Segel wenden konnte, brach der Topmast. Gleichzeitig brach der aus hohlem Stahl gefertigte Hauptmast, in welchem der Topmast steckte, 12 Fuß unter der Spitze und in demselben Augenblick brach auch das Bugspriet kurz über Deck ab und alles ging über Bord. An Bord herrschte große Ver-

wirrung und zeitweilig schien die Sache ernst zu sein. Der König und Lyton waren auf der Steuerbordseite gewesen als das Unglück stattfand, während das Schiff sich nach Backbord neigte. Das erklärt, daß sie unverletzt blieben. Den „Central News“ zufolge reitete sich der König unter Deck, um den schlagenden Segeln zu entkommen. „Shamrock II“ hat jeden Sparren verloren und ihre ganze Takelage ist zertrübt. Sie treibt in der Meerenge von Solent als völliges Wrack umher. An der Küste von Comes herrschte große Erregung, man befürchtete, Jemand an Bord könnte verlegt sein. Zwei Torpedoböge dampften sofort nach dem Unglück mit Vollampf heran und die Yacht „Sybaris“ schickte eine kleine Boot aus. Der Kapitän von „Shamrock II“ rief aber hinüber: „Es ist Niemand verletzt, keine Hilfe nöthig.“

Madrid, 23. Mai. Der gestrige Ministerrath beschäftigte sich mit dem Wahlergebniß. Nachdem immer noch unvollständigen Ergebnisses abwarten die Liberalen 244 Sitze, die Konservativen 81; ferner sind gewählt: 12 Anhänger des Herzogs von Tetan, 16 Republikaner, 13 Anhänger Gamaos, 14 Anhänger Romero Robledo's und 22 Angehörige anderer Parteien.

Konstantinopel, 23. Mai. Da auch die verschiedenen mit dem Postkonflikt zusammenhängenden Fragen befriedigend gelöst sind, kann der Konflikt als vollständig beigelegt erklärt werden. Alle fremden Postämter nehmen vom 23. Mai ab die normale Expedition der Briefsendungen wieder auf, auch die fremdländischen Schiffe werden türkische Postlieferungen zu befördern übernehmen.

St. Petersburg, 23. Mai. Ihre Majestäten der Kaiserin und die Kaiserin, sowie die Kaiserliche Familie sind gestern zum Sommeraufenthalt von Zaratojejewo nach Peterhof übergeföhrt.

Verstodes.

Machen, 23. Mai. (Telegr.) Ein Großfeuer zerbröchte das Vereinshaus des katholischen Wahlvereins.

Leipzig, 23. Mai. Wie das „Leipziger Tageblatt“ vermeldet, entzogen die ärztlichen Bezirksvereine anlässlich des Streites zwischen den Ärzten und der Ortskrankenkasse den auswärtigen, bei der Kasse hier in Thätigkeit getretenen Ärzten das innerhalb der Bezirksvereine gewährleistete Wahlrecht auf drei beziehungsweise vier Jahre. Die Betroffenen legten beim Obergerichtshof gegen die Maßregel Berufung ein.

Sagan, 22. Mai. (Telegr.) In Becher, Kreis Sagan, kamen bei einer Feuersbrunst, welche vier Besitzungen zerbröchte, zwei Personen in den Flammen um.

Budapest, 22. Mai. (Telegr.) In der Ortschaft Mandol, in dem Komitat Szabolcz, sind durch ein Feuer, welches bei Sturmwind ausgebrochen ist, 72 Häuser und 126 Nebengebäude niedergebrannt.

Amsterdum, 23. Mai. (Telegr.) Wie das „Handelsblatt“ meldet, ist ein Telegramm eingegangen, wonach der Vulkan „Kelut“ im Bezirke von Kediri auf Java in der Richtung auf Bitar Steinmassen und Lava auswirft. In der Nähe herrscht vollkommene Dunkelheit. Der Ausbruch ist zum Glück nur in der Nähe des Vulkans zahlreich Kaffeeanpflanzungen befinden.

Paris, 23. Mai. (Telegr.) Der Dramatiker Guinon, dessen Schauspiel „Decadence“ wegen antisemitischer Tendenzen von der Censur verboten wurde, richtete an den nationalen Deputirten Charles Bernard ein Schreiben, in welchem er diesen erucht, das Aufführungsverbot seines Stückes nicht zum Gegenstand einer Interpellation zu machen. Er sei der Ansicht, daß eine derartige Frage nichts mit der Politik zu thun habe.

Rom, 23. Mai. (Telegr.) Wie die Agencia Stefani meldet, hat der Königsmörder Bresca im Gefängniß zu Portolougone Selbstmord verübt.

Wina, 22. Mai. (Telegr.) Der Generalgouverneur von Wina, Trojky, ist heute gestorben.

New-York, 22. Mai. (Telegr.) Generaldirektor Ballin von der Hamburg-Amerikanische hatte vor seiner Abreise lange Konferenzen mit dem Präsidenten Baker, Vertreter des Pierpont Morgan-Syndikats. Man nimmt an, daß die Verhandlungen über die Abgrenzung der Interessensphären der Gesellschaften den Gegenstand der Verhandlungen bildete.

New-York, 23. Mai. (Telegr.) Edison hat eine neue hochwichtige Erfindung gemacht, indem er eine Akkumulatoren-Batterie konstruirte, welche 2 1/2 mal so viel als die gegenwärtigen Batterien aufnehmen vermag, mithin um so viel leichter und raumparend ist.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Am Hoftheater Karlsruhe.

Freitag, 24. Mai. 18. Vorst. außer Abom. (Große Preise). „Die Walküre“ in 3 Aufzügen. Anfang 6 Uhr, Ende halb 11 Uhr. — Botan: Rudolf Wolf, Königl. Hofopernsänger vom Königl. Theater in Hannover. Stigmund: Fritz Remond, Opernsänger vom Stadttheater in Freiburg i. B.

Samstag, 25. Mai. Keine Vorstellung.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte Hamburg vom 23. Mai 1901.

Ein Hochdruckgebiet mit Barometerhöhen über 778 mm nördlich der Nordsee bedeckt heute Mitteleuropa, während über Südrankreich eine flache Depression erschienen ist. In Deutschland ist das Wetter ziemlich kühl, im Osten vielfach trübe, sonst heiter. Weiteres Anhalten des herrschenden Witterungscharakters ist zunächst noch zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

	Barom.	Therm.	Wind.	Wolke.	Feuchtigkeit.	Wind.	Strom.
Mai							
22. Nachts 9 ⁰⁰ U.	756.4	15.0	5.9	47			
23. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	756.4	11.8	5.7	56		NE	heiter
23. Mittags 2 ⁰⁰ U.	755.0	19.8	4.5	26			

Höchste Temperatur am 22. Mai: 21.9; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 8.3.

Niederschlagsmenge des 22. Mai: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Wagan, 23. Mai: 4.02 m, gestiegen 1 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raj in Karlsruhe.

Todes-Anzeige.
 Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben Mann, unsern lieben Vater, Sohn, Schwiegersohn und Schwager
Herrn Josef Berstel
 Apothekenbesitzer und Bürgermeister
 nach kurzem, schwerem Leiden im 37. Lebensjahre zu sich zu rufen.
 St. Blasien, den 21. Mai 1901.
 Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
 Margaretha Berstel, geb. Huelf. K'622

Todes-Anzeige.
 Wir beehren uns, hierdurch ergebnis mitzuteilen, dass unser allverehrter Herr Bürgermeister
Karl Kaiser
 Ritter des Zähringer Löwenordens
 57 1/2 Jahre alt, heute Morgen 3 Uhr sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Freitag den 24. Mai 1901, Vormittags 11 Uhr statt.
 Kenzingen, den 22. Mai 1901.
 Der Gemeinderath. K'621

Bopp & Reuther, Mannheim
 Maschinen- u. Armaturenfabrik

Tiefbohrungen nach Wasser
 Rohrbrunnen-Anlagen nach bewährtem System
 Ueber 4000 Stück geliefert.

Sowie
sämtliche Ausrüstung für Wasserleitungsanlagen für Gaswerke und Dampfanlagen etc.

Absperr-Schieber Hydranten für Feuerlöschzwecke, Strassenreinigung, Gartenbesprengung	Absperrventile Reducirventile Sicherheitsventile Speiseventile Hahnen aller Art Wasserstandszeiger Condensstöpfe	Pumpen jeder Art u. Grösse zur Wasserversorgung von Städten, Fabrikanlagen, für Brauereien, zur Kesselspeisung, Entwässerung etc. 429.4
---	---	---

Hydraul. Formmaschinen, Masselbrecher.

Offiziere a. D.
 können als Pensions-Zuschuß hohen Verdienst durch Abschluß von Wehrdienst- und Aussteuer-Vers. für Va. Vers.-Akt.-Ges. erzielen. **Diöceser Verkehr** nur mit der Direktion. Offerten, die streng vertraulich gehalten werden unter „Zuschuß“ an **Hausstein & Vogler A.-G. Mannheim** erbeten. K.568.2

Bekanntmachung.
 Mit Genehmigung der Großh. Forstbehörde kommt das **Seegras-Ergebnis** für das Jahr 1901 aus den Abtheilungen 1, 2, 3, 4, 5, 6, 10, 11, 12, 13, 14, 15 und 18 in circa 1500 Zentnern dünnen Seegrases bestehend, zum Verkauf.
 Schriftliche Angebote sind, losweise getrennt, oder aber auch auf das Ganze gestellt, bis längstens
Montag den 3. Juni d. J., Vormittags 11 Uhr,
 anher einzureichen.
 Die Submissions-Angebote müssen bestimmt in Summen ausgedrückt werden, Angebote auf Procente oder mehr als das Höchstgebot lauten, ohne Angabe bestimmter Summen werden nicht berücksichtigt.
 Jeder Submittent hat einen annehmbaren Bürgen zu stellen.
 Fremde Submittenten haben außerdem legale Vermögenszeugnisse dem Submissions-Angebote beizulegen.
 Verzeichnisse über Loosentheilung und Verkaufsbedingungen liegen auf dem hiesigen Rathhause, Zimmer Nr. 8, zur Einsicht auf, auch können dieselben gegen Erstattung der Schreibgebühr von 40 Pfennig schriftlich bezogen werden.
 Wegen Einsichtnahme der einzelnen Loosentheile beliebe man sich an die Waldhüter Seitel, Kraft und Siebert zu wenden.
 Rastatt, den 18. Mai 1901.
 Der Gemeinderath:
 Bräunig. Gilbert.

Bürgerliche Rechtsstreite.
 K.605. Nr. 5751. Gernsbach. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Viktor Ludwig in Gernsbach betreffend.
 Zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Vertheilung zu berücksichtigenden Forderungen ist der Schlusstermin bestimmt auf
Mittwoch, den 19. Juni 1901, Vormittags 10 Uhr,
 vor dem Amtsgerichte hier selbst, Gernsbach, den 22. Mai 1901.
 Dies veröffentlicht
 Der Gerichtsschreiber:
 Huber.

K.604. Nr. 5752. Gernsbach. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Ferdinand Gasteiger in Gernsbach betreffend.
 Zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Vertheilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses ist der Schlusstermin bestimmt auf
Mittwoch, den 19. Juni 1901, Vormittags 11 Uhr,
 vor dem Amtsgerichte hier selbst, Gernsbach, den 22. Mai 1901.
 Dies veröffentlicht der Gerichtsschreiber:
 Huber.

K.603. Nr. 22840. Freiburg. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Gastwirths Emil Müller in Freiburg wurde nach rechtskräftiger Befestigung des Zwangsvergleichs durch Beschluß Großh. Amtsgerichts hier selbst vom 18. d. Mts. wieder aufgehoben.
 Freiburg, den 20. Mai 1901.
 Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
 Mohr.

K.607. Nr. 16366II. Mannheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Gärtners David Bender in Mannheim ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf
Dienstag, den 4. Juni 1901, Vormittags 11 Uhr,
 vor dem Gr. Amtsgerichte V hier selbst anberaumt (Zimmer Nr. 8).
 Mannheim, den 15. Mai 1901.
 H. Zimmermann.
 Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.
 K.575. Nr. 24561. Pforzheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Hugo Baruch hier ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf
Montag, den 17. Juni 1901, Vormittags 9 Uhr,
 vor dem Amtsgerichte hier Zimmer Nr. 18 bestimmt.
 Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
 Rohrer.

K.573. Nr. 11613. Baden. In dem Konkursverfahren über das Nachlass des Gerichtsbieners Wendelin Heine in Baden wurde an Stelle des Kontroleurs Josef Baker in Baden, Rechtsagent Georg Schürlich dafelbst zum Konkursverwalter ernannt.
 Baden, den 20. Mai 1901.
 Gr. Amtsgericht.
 Der Gerichtsschreiber
 Matt.

R.594. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
 Aus der Ernst Maler'schen Familien-Stipendien-Stiftung ist ein Stipendium von jährlich **100 M.** zu vergeben.
 Zur Bewerbung berechtigt sind diejenigen, welche
 1. den Namen „Maler“ führen und von Peter Maler, ehemaligem Bürgermeister in Pforzheim, abstammen;
 2. im Großherzogthum Baden die Heimath haben;
 3. eine Universität besuchen, sei es im In- oder Ausland, und
 4. der evangelischen Religion angehören.
 Familienangehörige, welche eine im Großherzogthum Baden gelegenes Gymnasium besuchen, haben nur dann einen Anspruch auf das Stipendium, wenn sich keine berechtigten Familienangehörigen auf der Universität befinden.
 Die Bewerber haben sich unter Vorlage ordnungsmäßiger Vermögens-, Studien- und Sittenzugnisse, sowie des Nachweises über ihre Abstammung innerhalb 4 Wochen bei dem diesseitigen Ministerium zu melden.
 Karlsruhe, den 17. Mai 1901.
 Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
 Hoff. Glutlich.

R.597. Bei unterzeichnetem Gerichte ist eine
Detopistenstelle
 mit einer Jahresvergütung von 700 M. sofort zu besetzen. Bewerber aus der Zahl der Recipienten wollen sich alsbald unter Vorlage von Zeugnissen melden.
 Heberlingen, den 20. Mai 1901.
 Großh. Amtsgericht.

R.595. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
 Aus der Ernst Bloch-Stiftung in Karlsruhe zur Unterstützung junger Leute, welche ein Universitäts-, polytechnisches oder künstlerisches Berufsfach ergreifen, ist ein Stipendium im Betrage von jährlich **200 M.** zu vergeben.
 Genueberechtigt sind:
 1. in erster Reihe die Abkömmlinge des Stifters, des vormaligen Großh. Bezirksarztes Dr. M. Bloch in Emmendingen,
 2. in Ermangelung solcher die Abkömmlinge der Geschwister der Ehefrau des Stifters Henriette Bloch geb. Haas,
 3. in Ermangelung solcher die Abkömmlinge der Geschwister des Stifters, und
 4. in letzter Reihe Söhne von Einwohnern der Gemeinde Emmendingen mit Niederemmendingen ohne Unterschied der Religion.
 Bewerbungen sind unter Anschluß von Studien-, Sitten- und Vermögenszeugnissen, sowie der sonst erforderlichen Nachweise innerhalb 4 Wochen bei dem diesseitigen Ministerium einzureichen.
 Karlsruhe, den 17. Mai 1901.
 Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
 Hoff. Glutlich.

R.593. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
 Aus der Heinrich Christian Dissen's-Stiftung ist für das Studienjahr 1900/1901 ein Stipendium von **450 M.** für einen Studierenden der protestantischen Theologie aus dem Großherzogthum Baden zu vergeben.
 Bewerbungen sind binnen 3 Wochen bei dem diesseitigen Ministerium unter Anschluß der erforderlichen Nachweise (Staatsangehörigkeitsausweis, Vermögens-, Sitten- und Studienzeugnisse) einzureichen.
 Karlsruhe, den 17. Mai 1901.
 Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
 Hoff. Glutlich.

R.588.1. Nr. 472. Durlach.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Bauführerge such.
 Zu sofortigem Eintritt suchen wir einen tüchtigen und energischen Bau-führer für Hochbau.
 Bewerber wollen ihre Gesuche mit Angabe ihrer bisherigen Thätigkeit, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche bis zum **1. Juni d. J.**, an das unterzeichnete Eisenbahnbaubureau in Durlach einreichen.
 Durlach, den 21. Mai 1901.
 Großh. Eisenbahnbaubureau.

R.585.2. Nr. 4907. Mannheim.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Die Lieferung von 150 000 Stück Granitpflastersteine, frei Eisenbahnwagen Bad. Bahnhof Mannheim, soll in öffentlicher Bewerbung vergeben werden.
 Die Bedingungen liegen auf meiner Kanzlei zur Einsicht auf.
 Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, spätestens bis zum **10. Juni d. J., Vormittags 11 Uhr,** bei mir einzureichen.
 Mannheim, den 18. Mai 1901.
 Bahnbauinspektor.

R.623. Nr. 5165. Heidelberg.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Die nachverzeichneten Bauarbeiten zur Herstellung einer Badeanstalt nebst verschiedenen Lageräumen auf dem Bahnhof Heidelberg sollen in öffentlicher Verdingungsweise vergeben werden.
 Die Arbeiten sind veranschlagt:
 I. Grab-, Maurer- und Verputzarbeiten 6850
 II. Röhre Steinmauerarbeit 840
 III. Zimmerarbeit 2565
 IV. Schreinerarbeit 950
 V. Glaserarbeit 318
 VI. Schlosserarbeit 949
 VII. Flechenerarbeit 526
 VIII. Dachdeckung mit Holz-cement 395
 IX. Tischlerarbeit 383
 Pläne und Bedingnißheft liegen auf diesseitigem Hochbaubureau zur Einsicht auf und werden Arbeitsbeschreibungen zum Einsehen der Einzelpreise dafelbst abgegeben.
 Die Angebote sind längstens bis **Dienstag, den 4. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr** verschlossen, portofrei und mit der Aufschrift versehen „Herstellung einer Badeanstalt nebst verschiedenen Lageräumen auf dem Bahnhof Heidelberg“ nebst Verdingungsangebe bei mir einzureichen.
 Zuschlagsfrist 3 Wochen.
 Heidelberg, den 20. Mai 1901.
 Der Großh. Bahnbauinspektor II.

Kanalisation Wiesloch.
 Die Stadt Wiesloch vergibt im öffentlichen Angebotsverfahren die Arbeiten für die Herstellung von folgenden Kanälen
 von 70/105 cm Weite 640 lfd. m, von 20-50 cm Weite 1760 lfd. m incl. 39 Revisionsröhren und 66 Strakenfinnkasten etc.
 Angebote hierauf wollen bis **Mittwoch, den 5. Juni 1901, Nachmittags 3 Uhr,** auf dem Rathhaus in Wiesloch einge-reicht werden.
 R.587.
 Bedingungen und Pläne liegen auf dem Bureau unterzeichneter Stelle auf, von wo auch Angebotsformulare bezogen werden können.
 Heidelberg, den 20. Mai 1901.
 Großh. Kulturinspektion.

R.618. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
 Zur Aufnahme des Anschlusses von Zug 64c (Heidelberg ab 1⁴⁵ N., Mannheim an 2¹⁵ N.) wird Besatzung XXV auf der Strecke Mannheim-Schweigen mit sofortiger Wirkung um 5 Minuten später gelegt
 Mannheim ab 2¹⁵
 Fabrikstation „ 2¹⁷
 Rathhausstraße „ 2²⁰
 Neckarau (an 2²² ab 2²³)
 Altrip „ 2²⁷
 Stengelhof „ 2³¹
 Rheinau (an 2³⁴ ab 2³⁵)
 Brühl „ 2³⁸
 Schweigen an 2⁴³
 Karlsruhe, den 22. Mai 1901.
 Gr. Generaldirektion der Staats-eisenbahnen.

R.631. Karlsruhe.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Zu den Gütertarifen Theil II Heste 1, 2 und 3 des nordd. hess.-südwestf. Verbands werden mit Gültigkeit vom 20. Mai 1901 je der Nachtrag 6 ausgegeben. Außer den bereits früher bekannt gegebenen Aenderungen und Ergänzungen enthalten die Nachträge die Aufnahme einer Anzahl weiterer Stationen darunter die diesseitigen Stationen Karlsruhe Hafen, Grenzach und Ringsheim sowie Aenderungen und Ergänzungen verschiedener Ausnahmestafeln. Nähere Auskunft ertheilen die Verbandstationen und das diesseitige Gütertarifbureau.
 Karlsruhe, den 20. Mai 1901.
 Generaldirektion.

Nutzholzverkauf.
 Das Gr. Forstamt Kaltenbrunn in Gernsbach verkauft aus Domänen-waldungen mit Vorfrist bis 10. Dezember d. J. im Wege schriftlichen Angebotes nachverzeichnetes Schlag- und Bindfallholz, worüber genaue Verzeichnisse vom Forstamte und den Forst-warten bezogen werden können:
Stämme, Klöße und Stümmel.
Subdistrikt Dürreth.
 Abth. 8: Nadelholzstämme 35 I. u. II., 160 III.-V. Kl.; Nadelholzklöße 26 I. u. II., 16 III. Kl.; Nadelholzstümmel 24 I. u. II. Kl.
Subdistrikt Brotenuau.
 Abth. 34: Forstentämme 8 II. und 5 III. Kl.; Nadelholzstämme 80 I. und 12, 175 III.-V. Kl.; Nadelholzklöße 42 I. u. II., 17 III. Kl.; Nadelholzstämme 59 I. u. II. Kl.
Subdistrikt Kaltenbrunn.
 Abth. 69 u. 70: Forstentämme 21 I. u. II., 122 III.-V. Kl.; Nadelholzstämme 55 I. u. II., 373 III.-V. Kl.; Nadelholzklöße 3 I. u. 10 III. Kl.; Nadelholzstümmel 13 I. u. II. Kl.
Subdistrikt Rombach.
 Abth. 87: Forstentämme 20 III. u. IV. Kl.; Nadelholzstämme 3 II. u. 151 III.-V. Kl.; Nadelholzklöße 3 III. Kl.
 Abth. 95: Nadelholzstämme 26 I. u. II., 226 III.-V. Kl.; Nadelholzklöße 22 I. u. II., 13 III. Kl.; Nadelholzstümmel 27 I. u. II. Kl.;
 zusammen circa 1600 Festmeter.
 Die Angebote sind nach Abtheilungen und Klößen getrennt auf 1 Festmeter der Normalmaß zu stellen, wozu die Formulare vom Forstamte und Forst-wart Klump in Kaltenbrunn unentgeltlich bezogen werden können. Die Ausschussblätter hat der Käufer um 90% seines Angebotes zu übernehmen.
 Die Angebote müssen verschlossen und mit der Aufschrift: „Angebot auf Nutzholz“ versehen, spätestens am **Freitag den 21. Juni 1901, Vormittags 10 Uhr, beim Forst-amte Kaltenbrunn in Gernsbach** eingereicht sein, wofür ich diese Zeit die Öffnung derselben erfolgt und zwischen die Verkaufsbedingungen ein-gesehen werden können.
 Das Holz wird vorgezeigt in den Subdistrikten Dürreth u. Brotenuau von Forstwart Rheinhardt in Brotenuau, im Subdistrikt Kaltenbrunn von Forstwart Klump und im Subdistrikt Rombach von Forstwart Schultzeib. R.586